

MENSCHENWÜRDE ZUSAMMENHALT ZUKUNFTSFÄHIGKEIT

Politische Erwartungen des ZdK
im Bundestagswahljahr 2025



ZdK

Zentralkomitee
der deutschen Katholiken

**ZdK**Zentralkomitee
der deutschen Katholiken

Menschenwürde – Zusammenhalt – Zukunftsfähigkeit

Politische Erwartungen des ZdK im Bundestagswahljahr 2025

Das ZdK gibt eine Übersicht seiner Positionen heraus, welche die bestehende Beschlusslage widerspiegelt und fortschreibt. Das ZdK sieht sich dem Einsatz für die unantastbare, universelle Menschenwürde verpflichtet. Handlungsgrundlage ist dabei das christliche Menschenbild. Das ZdK wirbt für tragende Antworten auf die existenziellen Fragen am Anfang und am Ende des Lebens. Es steht dafür ein, mit Haltung und Engagement für Demokratie, Menschenrechte und Zusammenhalt in unserer Einwanderungsgesellschaft zu streiten, mittels sozialer Infrastruktur Rahmenbedingungen für ein gelingendes, vielfältiges Zusammenleben zu schaffen, Lebensrisiken vorsorgend abzusichern und durch ganzheitliche Förderung von Bildung allen Menschen Teilhabe zu eröffnen. Um Frieden umfassend zu stiften, braucht es aus Sicht des ZdK einen Dreiklang: ambitionierten und sozial gerechten Klima- und Artenschutz, verlässlich finanzierte Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe sowie Diplomatie und Verteidigungsfähigkeit und -bereitschaft, die sich zugunsten der Gewaltüberwindung strategisch ergänzen und bedingen.

Wir, das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK), vertreten die Anliegen der katholischen Gläubigen in Deutschland und geben ihnen eine Stimme. Aus unserem Glauben leiten wir den Auftrag ab, Kirche, Gesellschaft und Politik aktiv mitzugestalten. Wir sind demokratisch organisiert, stehen miteinander im Austausch und nehmen vielfältige Perspektiven auf. Dafür arbeiten im ZdK katholische Verbände, Organisationen und Hilfswerke, die Räte in den Diözesen, geistliche Gemeinschaften sowie katholische Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zusammen. Unser Glaube an den menschengewordenen Gott ist die Grundlage unseres Handelns. Mit unserem Engagement geben wir Zeugnis von der Hoffnung, die uns erfüllt. Wir stehen ein für die Erwartung eines Lebens in Fülle, auf das wir schon hier auf Erden hinarbeiten. Aus dem Evangelium und der christlichen Tradition gewinnen wir die Grundsätze unseres Engagements. Grundlegend sind für uns die Prinzipien der katholischen Soziallehre: Gemeinwohl, Personalität, Solidarität und Subsidiarität. **Soziale Gerechtigkeit, Teilhabe und gesellschaftlicher Zusammenhalt, das christliche Menschenbild und die unverfügbare Menschenwürde** sowie eine **nachhaltige Transformation und Zukunftsfähigkeit** sind für uns handlungsleitend. Anhand dieser Grundpfeiler wollen wir Schwerpunktthemen benennen, die wir für die kommenden Jahre für entscheidend halten. Der Versuchung, Sündenböcke für die multiplen Krisen zu suchen, setzen wir unser ungebrochenes Engagement gegen Antisemitismus und Rassismus entgegen. Die AfD war und ist kein Gesprächspartner für uns und keine Alternative für unser Land. Gemeinsam mit allen Menschen guten Willens wollen wir Diskursräume offenhalten. Es ist Zeit, sachliche Lösungen zur erarbeiten.

Wer die Leistungsfähigkeit des Staates erhalten will, muss immer auch die Frage beantworten können, aus welchen Quellen sich die Einnahmen speisen. In den vergangenen Jahren sind weder die Schuldenbremse reformiert noch die Steuersätze entscheidend erhöht worden. Wir erkennen die Herausforderung an, dass unsere Forderungen in diesem finanzpolitischen Rahmen im Ganzen nicht umsetzbar sind, und sehen gerade im Abbau von Subventionen, und [in einer fairen Steuerreform](#) Instrumente, um haushaltspolitische Spielräume zu eröffnen.



ZdK

Zentralkomitee
der deutschen Katholiken

Inhaltsverzeichnis

Soziale Gerechtigkeit, Teilhabe und gesellschaftlicher Zusammenhalt	3
Demokratie stärken, Minderheiten schützen, Menschenwürde achten.....	3
Vorsorgender Sozialstaat: Armut bekämpfen und Chancen schaffen.....	3
Herz statt Hetze: Einwanderung fair gestalten.....	4
Mehr Zeit, Strukturen und Ressourcen für junge Menschen und Familien.....	5
Teilhabe und Bildung für alle jungen Menschen.....	7
Fachkräftemangel beheben, Arbeit fair verteilen	8
Europäische Einigung fortschreiben	9
 Christliches Menschenbild und unverfügbare Menschenwürde	 10
Für einen menschenwürdigen Umgang am Anfang und Ende des Lebens.....	10
Sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen aufarbeiten und verhindern.....	10
 Nachhaltige Transformation und Zukunftsfähigkeit.....	 11
Schöpfung bewahren und wiederherstellen: Artensterben und Erderwärmung bekämpfen	11
Nachhaltigkeitsziele, Entschuldung, Multilateralismus: Globale Verantwortung wahrnehmen	12
Gemeinwohlorientiert wirtschaften	13
Digitalisierung und KI im Dienste des Menschen	13
Sicherheit und Entwicklung koppeln, eine neue Friedensordnung gestalten	14

**ZdK**Zentralkomitee
der deutschen Katholiken

Soziale Gerechtigkeit, Teilhabe und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Demokratie stärken, Minderheiten schützen, Menschenwürde achten

Das ZdK steht entschieden für die parlamentarische [Demokratie](#) ein, die unter äußerem und innerem Druck ist. Ein Abbau der Rechtsstaatlichkeit oder des Sozialstaats, Angriffe auf Minderheiten und völkische Ideologie sind menschenfeindlich, menschenrechtswidrig und gefährden die freiheitlich-demokratische Grundordnung in Deutschland. Als Gottes Ebenbild geschaffen, haben alle Menschen die gleiche Würde und gleiche Rechte. Im Bündnis „Zusammen für Demokratie“ tritt das ZdK gemeinsam mit 68 zivilgesellschaftlichen Organisationen für die unteilbaren Menschenrechte, für soziale Gerechtigkeit und eine klimagerechte Zukunft ein. Wir setzen uns ein für das Recht eines jeden Menschen auf ein gutes und friedliches Leben in einer gesunden Umwelt, auf menschenwürdige Arbeitsbedingungen, angemessenen Wohnraum, auf gute Bildung und Gesundheitsversorgung und auf freie Religionsausübung. Die im Grundgesetz verankerte Menschenwürde und der Schutz vor Verfolgung sind für uns nicht verhandelbar. Niemand darf aufgrund seiner sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität diskriminiert werden. Das ZdK hat daher den Bundestag und Bundesrat aufgefordert, die entsprechende [Ergänzung in Artikel 3, Absatz 3, Satz 1 des Grundgesetzes](#) vorzunehmen und damit die Rechte von LSBTIQ+-Personen zu stärken und den Schutz vor Diskriminierung zu erhöhen.

Angesichts der erschreckenden Zunahme antisemitischer Übergriffe fordern wir konsequente und wirksame Maßnahmen zum Schutz des jüdischen Lebens. Auch die Zahl der muslimfeindlichen und rassistischen Straftaten steigt kontinuierlich. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken und das [Zusammenleben in Vielfalt zu stärken](#) bedarf es einer verstärkten öffentlichen Förderung von zivilgesellschaftlichen Initiativen im Bildungsbereich, von Dialog und Prävention von Antisemitismus und jeder Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Dabei ist ein neuer Fokus auf digitale Resilienz erforderlich, der Menschen und Organisationen zum sicheren und souveränen Umgang in digitalen Räumen sowie bei der Abwehr von Risiken und Cyberangriffen befähigt.

Demokratie lebt von aktiver Teilhabe und vom ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagement. Engagierte Christ*innen leisten hier nicht nur im kirchlichen, auch im sozialen und politischen Raum einen großen Beitrag zu einer wachen und starken Zivilgesellschaft. Die im Dezember 2024 vorgelegte [Engagementstrategie](#) der Bundesregierung, die mit breiter Beteiligung – auch der Kirchen und des ZdK – erarbeitet wurde, sollte auch in der nächsten Legislaturperiode als Richtschnur dienen und muss nun konkret umgesetzt werden.

Vorsorgender Sozialstaat: Armut bekämpfen und Chancen schaffen

Wir sehen, dass viele Menschen von steigenden Lebenshaltungskosten, besonders von Mieterhöhungen, belastet sind. Eine aktuelle Studie zeigt auf, dass durch hohe Wohn- und Nebenkosten 17,5 Millionen Menschen als von Wohnarmut betroffen gelten, weil sie bis zur Hälfte ihres Einkommens dafür verwenden müssen. Die unzureichende Höhe vieler Löhne und vor allem auch der Renten bedeutet für eine steigende Zahl von Menschen von Armut und Exklusion bedroht zu sein. Krankheit, Pflegebedürftigkeit oder Arbeitslosigkeit können Menschen jederzeit in krisenhafte und existenzgefährdende Situationen bringen.

**ZdK**Zentralkomitee
der deutschen Katholiken

Als ZdK setzen wir uns ein für bezahlbare Mieten, faire Löhne und die Rechte und Würde der Menschen, die auf Sozialleistungen wie das Bürgergeld angewiesen sind. Wir stehen für einen leistungsfähigen und vorsorgenden Sozialstaat, der auf der Grundlage der christlichen Soziallehre Menschen befähigt, Solidarität stärkt und dabei Lebensrisiken verlässlich absichert, ohne dass Eigeninitiative und Innovation verloren gehen. Neben einer starken beitragsfinanzierten Sozialversicherung ist eine verlässliche und gut vernetzte soziale Infrastruktur die Basis für eine gerechte Sozialpolitik. Die Zugänglichkeit und die Verlässlichkeit der sozialstaatlichen Leistungen entscheiden auch über die nachhaltige Zustimmung zur Demokratie.

Das weitgehende Scheitern einer Reform der familienpolitischen Leistungen in einer neuen Grundsicherung für Kinder und Jugendliche in der vergangenen Legislaturperiode darf nicht dazu führen, dass die Bekämpfung der Armut gerade von Kindern und Jugendlichen erneut aus dem Blick gerät. Junge Menschen haben ein Recht auf gelingende Teilhabe, sie ist eine Grundvoraussetzung für ein gelingendes Leben. Hier bedarf es dringend einer Lösung, die deutlich weniger bürokratisch und stärker an den realen Bedarfen der Familien orientiert ist.

Eine zentrale soziale Frage unserer Zeit ist das [Recht auf Wohnen](#). Kaum bezahlbare Mieten und zu wenig Wohnraum gerade in den Metropolen bringt Menschen in existenzielle Not und führt zu sozialen Konkurrenzkämpfen zu Lasten des sozialen Friedens. Wir sehen hier die Notwendigkeit, Anstrengungen zu einem klimagerechten Neu-, Aus- und Umbau von Wohnraum zu intensivieren.

Es ist uns bewusst, dass die Stärke eines vorsorgenden Sozialstaates und die Handlungsfähigkeiten der Kommunen unmittelbar auch von der Höhe der staatlichen Einnahmen abhängen. Wir brauchen eine faire Steuerreform, eine Reform der Schuldenbremse und eine verantwortungsvolle Debatte über Sondervermögen. Vor allem brauchen wir eine ökologisch verantwortete Wirtschaftspolitik, die Arbeitsplätze schafft, faire Löhne garantiert und Anreize für qualitatives Wachstum setzt.

Herz statt Hetze: Einwanderung fair gestalten

Seit Jahren wird die politische und gesellschaftliche Debatte um [Migration](#) in Deutschland überwiegend hitzig und ereignisgetrieben geführt. Dabei mangelt es auch an einem differenzierten Diskurs. Wir fordern, dass migrationspolitische Maßnahmen nicht anlassbezogen ergriffen werden, sondern dass nachhaltig Politik gestaltet wird. Sie muss dem Anspruch der Menschenwürde und der Menschenrechte genügen und fair gestaltet sein. Bei einschneidenden Veränderungen in Herkunftsländern von Geflüchteten halten wir es im Diskurs für angemessen, die Entwicklungen zunächst differenziert zu beobachten und sachliche Schlussfolgerungen zu ziehen, anstatt überhastete Rückführungsdebatten zu forcieren. Wesentliche Fortschritte, Migration menschenwürdig zu organisieren, sind aus unserer Sicht jenseits der Nationalgrenzen in einem vereinten Europa zu finden. Wir bekennen uns zum Schengen-Raum als Errungenschaft der Europäischen Integration.

Eine Welt, in der Geflüchtete kein Schutzgesuch mehr stellen können, wäre ein entsolidarierter Ort. Sind ein Leben in Frieden und Freiheit durch Kriege, Vertreibung und terroristische Übergriffe nicht mehr im angestammten Land möglich, haben diese Menschen das Recht, zu fliehen und in geregelten Verfahren ihren Anspruch auf Asyl geltend zu machen – auch und gerade in Deutschland. Dieses Recht ist ein Menschenrecht und darf nicht durch Aufnahmekontingente oder Abschottungspolitik eingeschränkt werden. [Wir fordern, die](#)



ZdK

Zentralkomitee
der deutschen Katholiken

beliebige Obergrenze für den Nachzug zu subsidiär Schutzberechtigten zugunsten der familiären Einheit abzuschaffen sowie im Aufenthaltsgesetz einen Rechtsanspruch auf Geschwisternachzug zu verankern. Die EU-Grundrechtecharta und die Genfer Flüchtlingskonvention sind unverzichtbare rechtliche Anker für Schutzsuchende in der Europäischen Union. Wir stehen solidarisch dafür ein, den Zugang zu individuellem Flüchtlingsschutz in der EU zu gewährleisten. Die Bestimmung von sogenannten sicheren Drittstaaten darf nur im Einklang mit der Genfer Flüchtlingskonvention vorgenommen werden. Die EU muss Menschenrechtsverstöße an ihren Außengrenzen konsequent vermeiden und verfolgen. Diese Zustände ergeben sich aus einer Missachtung des Rechts und der Würde der betroffenen Menschen einerseits und einer unzureichenden bzw. ausbleibenden Sanktionierung der verantwortlichen Mitgliedstaaten andererseits. Um das Leid und das Sterben auf der Flucht zu beenden, braucht es mehr legale und sichere Zugänge in die Europäische Union. Ein Ausbau der solidarischen Verteilung der Geflüchteten bleibt unverzichtbar, um die Verantwortung für die Schutzsuchenden gemeinsam wahrzunehmen und keinen Staat zu überfordern. Das neue Gemeinsame Europäische Asylsystem bedarf im Zuge der Einführung und in der Praxis eines stetigen Monitorings. Wir kritisieren, dass schutzsuchende Familien mit minderjährigen Kindern Grenzverfahren durchlaufen sollen. Wir plädieren für eine Reform des Dublin-Systems zugunsten einer gerechten Verteilung von Geflüchteten. Menschenrechte und Kindeswohl müssen weiterhin die Leitlinien europäischer (Asyl-)Politik sein. Wir setzen uns für mehr sichere und legale Wege für Migrant*innen und humanitäre Korridore für Geflüchtete ein, über welche sie sicher nach Europa kommen, wo sie aufgenommen, geschützt, gefördert und integriert werden können. Die christliche Gemeinschaft Sant'Egidio trägt maßgeblich dazu bei, mit europäischen Staaten entsprechende Vereinbarungen zu schließen. Kirche leistet mit ihrem vielfältigen Einsatz für Geflüchtete einen unverzichtbaren Beitrag für eine offene und inklusive Gesellschaft und wirbt in Wort und Tat auch und gerade im Kontext von Migration und Flucht darum, Respekt und Mitmenschlichkeit nicht aufzugeben. Das Kirchenasyl hat an Bedeutung gewonnen und schützt in Deutschland mittlerweile mehr als tausend Menschen. Gleichzeitig wächst der politische und staatliche Druck. Wir schätzen das Kirchenasyl als „Ultima Ratio“, um humanitäre Härten abzuwenden, und befürworten das sogenannte „Dossierverfahren“, wonach Kirchengemeinden und Ordensgemeinschaften im Rahmen eines Kirchenasyls Härtefälle zur Prüfung vorlegen können. Wir plädieren für eine gute Kommunikation zwischen den aufnehmenden Gemeinden und den staatlichen Stellen. Die dreitägige Frist zur Beendigung von Kirchenasylen erweist sich in der Praxis als nicht umsetzbar und bedarf einer Reform.

Wir sprechen uns dafür aus, Beschäftigungsverbote abzuschaffen und Schutzsuchende dazu zu ermutigen, ihre Fähigkeiten auszubauen und in abgesicherten Arbeitsverhältnissen einzubringen. Dazu braucht es den Abbau von Bürokratie, um die Anerkennung ausländischer Ausbildungsabschlüsse zu vereinfachen. Es darf keine hohen Hürden für Unternehmen geben, die Geflüchtete einstellen wollen.

Mehr Zeit, Strukturen und Ressourcen für junge Menschen und Familien

Wie stark viele Familien, und hier insbesondere Alleinerziehende und pflegende Angehörige, unter dem Zeit- und Arbeitsdruck einer weiterhin erschwerten Vereinbarkeit von Sorge- und Erwerbsarbeit und der Wohnungsnot bis zur Erschöpfung leiden, hat die Coronapandemie noch einmal wie im Brennglas vor Augen geführt. Wir werben für eine jugend- und

familienpolitische Neuausrichtung, welche der familiären Vielfalt gerecht wird und Menschen in ihren Beziehungen ein Leben nach ihren Wünschen und Bedarfen ermöglicht. Grundlegend dafür ist ein systemischer, nachhaltiger und multidimensionaler Ansatz, der Arbeit nicht länger auf Erwerbsarbeit verengt, Sorgearbeit gerechter verteilt und dazu beiträgt, Familie und Beruf miteinander in Einklang zu bringen. Es gibt ein Recht auf Sorge! Aber weder darf Sorgearbeit zur Pflicht werden noch darf diese zu Armut führen. Die schrittweise Einführung eines Optionszeitenmodells für atmende Lebensläufe mit dem Ziel, durch eine Reduzierung oder eine Unterbrechung der Erwerbsarbeit Zeitanteile für familiäre und gesellschaftliche Sorgearbeiten, für Weiterbildung und Selbstsorge aus einem garantierten Zeitbudget abzurufen, wäre dazu ein erfolgsversprechender Rahmen, wenn es entsprechende Lohnersatzleistungen einschließen würde.

Kurzfristig braucht es mehr finanzielle und infrastrukturelle Unterstützung für Kinder, Jugend, Familien und Sorggemeinschaften. Wir kritisieren deutlich, dass die angekündigte armutsfeste und teilhabeorientierte Reform der familienpolitischen Leistungen gescheitert ist. Wir unterstützen die geplante Weiterentwicklung der Lohnsteuerklassen mit der Abschaffung der Steuerklassen 3 und 5 und der Implementierung des Faktorverfahrens, die Anreize für die gleichberechtigte Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt schafft. Weitere Schritte gegen den Gender Pay Gap sind notwendig. Menschen, die Sorgearbeit leisten – gerade Mütter – können oft weiterhin nicht im von ihnen gewünschten Umfang ihrer Erwerbsarbeit nachgehen. Um Familien mit geringen Einkommen in besonderer Weise abzusichern und zu fördern, plädieren wir dafür, das Mindestelterngeld in Anlehnung an das sächliche Kinderexistenzminimum auf 500 € zu erhöhen. Die Bezugszeit des Basiselterngelds sollte um mindestens vier Monate erweitert werden, um wachsenden Familien ein Zeitbudget von achtzehn Monaten zur Verfügung zu stellen, aus dem sechs Monate pro Elternteil sowie sechs weitere Monate flexibel verteilt werden können.

Mehr Unterstützung und Entlastung brauchen dringend auch die rund vier Millionen pflegenden Angehörigen. Nicht nur im Alter, auch durch Krankheit und Unfälle kann von heute auf morgen Pflegebedarf entstehen. Dass viele der Pflegenden – zumeist sind es Frauen – selbst erwerbstätig sind oder kleinere Kinder betreuen, ist zu wenig im Blick genauso wie die Tatsache, dass in Bezug auf Eltern und Schwiegereltern oft mehrere Personen gleichzeitig der Pflege bedürfen. Andererseits sind die Arbeits- und Lebensbedingungen für externe [häusliche Pflegekräfte](#) oft prekär. Die Weiterentwicklung der Pflegezeit mit einem Pflegegeld als Lohnersatz, aber auch der Ausbau von (bezahlbaren) Tagesstätten und die konkrete Beratung und Entlastung der Pflegenden vor Ort sind dringend nötig. Bei der stationären Pflege beträgt der Eigenanteil aktuell im Durchschnitt 2871 Euro im Monat, er ist dringend angemessen zu begrenzen. Aktuell gelten bereits 5,7 Millionen Menschen als pflegebedürftig. Es bedarf insgesamt einer umfassenden Weiterentwicklung der Pflegeversicherung, die Qualität und Finanzierbarkeit der Pflege für die stark wachsende Zahl von Menschen, die darauf angewiesen sind, sicherstellt. Wir kämpfen gegen Altersdiskriminierung und setzen uns für Generationengerechtigkeit ein.

Weltweit erlebt jede dritte Frau in ihrem Leben physische und/oder sexualisierte Gewalt. Das ZdK hat wahrgenommen, dass Anfeindungen und Gewalt gegenüber Frauen bis hin zu Femiziden auch in Deutschland zugenommen haben, täglich stirbt eine Frau in Deutschland durch Gewalt im sozialen Nahfeld. Gewalt gegen Frauen und Mädchen darf nicht als Privatsache



ZdK

Zentralkomitee
der deutschen Katholiken

gesehen werden, sondern ist ein strukturelles und gesellschaftliches Problem. Wir begrüßen, dass mit der vorgelegten Nationalen Strategie zum Gewaltschutz und dem neuen [Gewalt-schutzgesetz](#) insbesondere Frauen gestärkt und geschützt werden sollen, und fordern von der Bundesregierung das Gesetz schnell und konsequent umzusetzen.

Teilhabe und Bildung für alle jungen Menschen

Wir fordern eine umfassende Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland. Die Stärkung der Rechte von Kindern und Jugendlichen ist uns ein zentrales Anliegen. Die Partizipation junger Menschen und ihre umfassende Beteiligung und Beachtung im Sinne einer stärkeren „Kinder- und Jugendgerechtigkeit“ ist gerade in Zeiten des demographischen Wandels von hoher Bedeutung. [Das Wahlalter soll auf allen Ebenen auf mindestens 16 Jahre abgesenkt werden](#). Alle jungen Menschen haben ein Recht auf Teilhabe und gute Bildung.

Der Zusammenhang von Herkunft, Einkommen und Bildungserfolg ist weiterhin das größte Defizit unseres Bildungssystems. Die eklatante Chancenungleichheit widerspricht nicht nur dem Grundsatz der Bildungsgerechtigkeit, sie gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den sozialen Frieden in unserem Land.

Ein entscheidender Beitrag für mehr Bildungsgerechtigkeit wäre zudem eine armutsfeste Förderung von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien, denn gerade junge Menschen sind überdurchschnittlich von Armut betroffen. Armut ist laut Nationalem Bildungsbericht 2024 auch weiterhin der zentrale Faktor, der junge Menschen an ihrer Entfaltung und ihrem Bildungserfolg hindert.

Das ZdK steht für ein ganzheitliches Bildungsverständnis, das auf Mündigkeit, Empathie und Sprach- und Urteilsfähigkeit zielt und die Menschen selbst als Subjekte ihres lebenslangen Bildungsprozess in den Mittelpunkt stellt. Bildung passiert nicht nur in der Schule, sie ist Reflektion, Aneignung und Kompetenzerwerb in diversen Kontexten und unter individuell ganz unterschiedlichen Bedingungen.

In diesem Sinne bedarf es einer umfassenden Bildungstransformation, um das Bildungssystem in allen Phasen zukunftsfest zu machen: ganzheitliche und inklusive Förderung von der Kita über die Schule, Berufsausbildung und die Hochschule bis ins Erwerbsleben, in der Jugendarbeit und der politischen und sozialen Bildung, verbunden mit dem aktiven Abbau von Diskriminierung für vulnerable Gruppen (z. B. junge Zugewanderte oder Menschen mit Beeinträchtigungen) müssen zwischen den Akteuren auf allen Verantwortungsebenen (Bund, Länder, Kommunen) abgestimmt werden. Hier könnte ein nationaler Bildungsrat eine Möglichkeit sein, um den Bildungsföderalismus kooperativer zu gestalten. Dass die Einigung auf einen Digitalpakt 2.0 nun doch noch gelungen ist, sehen wir als positives Zeichen an, seine konsequente Umsetzung wird eine wesentliche bildungspolitische Aufgabe für die neue Legislaturperiode.

Die Bildungstransformation muss sich auch auf die außerschulische Bildung beziehen. Sie leistet in vielfältigen Zusammenhängen wesentliche Beiträge zur Stärkung der wehrhaften und lebendigen Demokratie und der gesellschaftlichen Resilienz, wofür auch die Entwicklung von Medienkompetenz ein wichtiger Aspekt ist. Die notwendige Infrastruktur ist durch zuverlässige und bedarfsgerechte finanzielle Förderung abzusichern und weiterzuentwickeln.

Das zum Schuljahr 2024/2025 begonnene Startchancen-Programm von Bund und Ländern sehen wir als gelungenes Beispiel, um die notwendigen Investitionen in Fachkräfte und multiprofessionelle Teams, in die pädagogische Qualität und Kompetenz genauso wie in die Infrastruktur Ebenen übergreifend umzusetzen. Das Startchancen-Programm wird allerdings aufgrund des Investitionsstaus im Bildungsbereich nicht ausreichen, um die Bildungstransformation zu realisieren. Deshalb brauchen wir ein umfassendes gemeinschaftliches Zukunftsprogramm Bildung.

Auch zu Beginn des Ausbildungsjahres 2024/2025 zeigten sich gravierende Passungsprobleme im Bildungs- und Berufssystem: Wenn 17 Prozent der jungen Erwachsenen – trotz gesetzlich verankerter Ausbildungsgarantie – ohne Ausbildung und Berufsabschluss bleiben und gleichzeitig viele Ausbildungsstellen unbesetzt sind, während Fachkräfte dringend gesucht werden, läuft offensichtlich etwas schief. Alle jungen Menschen haben ein Recht auf Bildung und Ausbildung. Deshalb müssen die Rahmenbedingungen verbessert werden, um allen jungen Menschen die Möglichkeit auf eine qualitativ hochwertige Ausbildung unabhängig von Wohnort, Schulabschluss oder Herkunft zu bieten.

So gilt es insbesondere, Auszubildenden und Studierenden Bildungsmobilität zu ermöglichen (z. B. durch den bundesweiten Ausbau des Jugendwohnen und Wohnraum für Studierende) und die individuelle Begleitung (z. B. mit der Assitierten Ausbildung) und Bildungsberatung systematisch abzusichern, um Abbrüche im Studium und der Ausbildung entgegenzuwirken. Die vom Bund gestartete Initiative „Junges Wohnen“, die bezahlbaren Wohnraum insbesondere auch für Studierende und Auszubildende fördert, muss fortgesetzt und von den Ländern flankiert werden.

Anerkannte Bildungsabschlüsse und auch Bildungsaufstiege müssen für alle jungen Menschen eine reale Perspektive werden. Mehr als fünfzig Prozent der jungen Erwachsenen nehmen inzwischen ein Studium auf. Die stark gestiegenen Miet- und Lebenshaltungskosten haben zur Folge, dass inzwischen etwa zwei Drittel von ihnen neben dem Studium arbeiten. Armutsbetroffene Menschen sind an Hochschulen und Universitäten weit unterdurchschnittlich vertreten. Die Bemessungsgrenzen und die Fördersätze des BAföG wurden in den letzten Jahren nicht bedarfsgerecht angepasst. Die Höhe des Darlehensanteils wirkt für viele junge Menschen abschreckend. Vielmehr ist das [BAföG](#) so auszugestalten, dass nicht das Vermögen der Eltern über den Bildungserfolg entscheidet. Als ZdK fordern wir eine grundlegende BAföG-Reform, die einen Anpassungsautomatismus vorsieht, der die BAföG-Komponenten an die allgemeine Lohn- und Preisentwicklung koppelt. Auch im Blick auf den Fachkräftemangel können wir es uns nicht leisten, das Potential und die Talente junger Menschen nicht angemessen zu fördern.

Fachkräftemangel beheben, Arbeit fair verteilen

Allerorten fehlen Erzieher*innen, bundesweit sind es rund 120 000, gerade mit Blick auf die unter 3-jährigen Kinder fehlen derzeit 400 000 Kitaplätze und mit der neu eingeführten Ganztagsbetreuung in Grundschulen steigt der Bedarf weiter. Die Fachwelt spricht längst von einer Kita- und Bildungskrise. Der Mangel an pädagogischen Fachkräften belastet Eltern und Arbeitgeber, vor allem schränkt die Entwicklung und Förderung der Kinder massiv ein. Modellprojekte zur Gewinnung, Ausbildung, Entlastung und Qualifizierung der Fachkräfte sind zwar vorhanden, aber nicht bundesweit etabliert. Das Beispiel würde ganz ähnlich für die

Pflege und den Gesundheitsbereich gelten, es zeigt exemplarisch: Der umfassende Fach- und Arbeitskräftemangel bremst nicht nur die Wirtschaft, sondern die ganze Gesellschaft. Trotz der Fachkräftestrategie der Bundesregierung und Verbesserungen in vielen Einzelaspekten zeigen sich kaum Erfolge. Rezessionsbedingt gibt es derzeit zudem gegenläufige Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt: Bei steigendem Fachkräftebedarf steigt sowohl die Arbeitslosigkeit als auch die Erwerbstätigenzahl.

Kein arbeitsmarktpolitisches Instrument allein kann hier Abhilfe schaffen, denn es braucht eben nicht nur mehr Einwanderung und Ausbildung, sondern auch einen gesellschaftlichen Wandel: Die Zukunft der Arbeit muss – auch wegen der fortschreitenden Digitalisierung und KI – neu gedacht, verteilt, ermöglicht und gestaltet werden. Erwerbsarbeit mit gerechten Löhnen und in Würde, vereinbar mit Care-Arbeit und inklusiv ist notwendig, damit z. B. dringend benötigte Pflegekräfte oder Erzieher*innen nicht nach wenigen Jahren erschöpft aus dem Beruf aussteigen, wie es zurzeit fast schon die Regel ist. Die aktuellen Entlassungen etwa in der Autoindustrie können Betrieben, die Arbeits- und Fachkräfte suchen, auch Chancen bieten. Um Fachkräfte zu vermitteln und weiterzubilden, bevor sie arbeitslos werden, braucht es bundesweit Plattformen, etwa regionale Arbeitsmarktdrehscheiben und Transfergesellschaften, die in einigen Regionen und Branchen bereits erfolgreich arbeiten.

Gesetzliche Hemmnisse sind teilweise schon aufgehoben, aber dennoch bleibt die Fachkräfteeinwanderung mit rund 60 000 Personen noch weiter hinter den Bedarfen der zukünftig angestrebten 400 000 zurück, allein die Visa-Vergabe dauert oft viel zu lang. Die bürokratischen Hürden sind hoch und die Anerkennungen von ausländischen Qualifikationen verläuft je nach Bundesland schleppend. Aber auch die nachhaltige Integration von Geflüchteten in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt muss dringend besser werden. Dies zeigt sich auch bei den Menschen aus der Ukraine, von denen nur rund ein Viertel bislang eine Beschäftigung aufnehmen konnte, trotz guter Qualifikationen. Reglementierungen auf dem Arbeitsmarkt einerseits, die Logik der Ausländerbehörden bis hin zur nationalen und europäischen Asylpolitik mit noch bestehenden Arbeitsverboten andererseits sind noch zu widersprüchlich. Mehr Kompetenzen und Vertrauen in konkrete Lösungen vor Ort und eine Kultur der Anerkennung sind wichtige Gelingensbedingungen, damit die Zuwanderung, aber auch die Ausbildung von (zukünftigen) Fachkräften besser gelingt.

Europäische Einigung fortschreiben

Die [Europäische Union](#) ist eine Erfolgsgeschichte. Nur in einem vereinten und starken Europa wird es uns gelingen, gegen den Trend weltweit erstarkender Autokratien die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit zu behaupten. Der EU-Binnenmarkt ist gerade für die Exportnation Deutschland unverzichtbar. Angesichts der dramatischen geopolitischen Umwälzungen muss die Europäische Union mehr strategische Autonomie erlangen. Dazu gehört in den nächsten Jahren auch der Ausbau einer europäischen Verteidigungspolitik, ohne die Frieden und Freiheit nicht garantiert werden können. Die Zusammenarbeit zwischen Frankreich, Deutschland und Polen im „Weimarer Dreieck“ muss als Achse europäischer Außenpolitik neu belebt werden. In der weiteren Entwicklung der EU sollten Reform und Erweiterung Hand in Hand gehen. Der Druck ist angesichts der geopolitischen Bedrohungen weiter gestiegen: Die EU steht vor der Herausforderung, geschlossen einen Reformprozess zu durchlaufen, welcher Handlungsfähigkeit durch mehr qualifizierte Mehrheitsentscheidungen statt der bisherigen Konsensentscheidungen ermöglicht, insbesondere auch in der Außen- und

**ZdK**Zentralkomitee
der deutschen Katholiken

Sicherheitspolitik. Die Reform soll Entscheidungsstrukturen optimieren und die EU somit in die Lage versetzen, weitere Staaten aufzunehmen.

Seit der russischen Invasion 2014 ist die Ukraine Europas klaffende Wunde. Der Angriff auf die Ukraine ist eine brutale Missachtung des Völkerrechts und aller internationalen Regeln eines friedlichen Zusammenlebens. In ihrem Verteidigungskampf gegen die brutale, völkerrechtswidrige Aggression Russlands muss die Ukraine gewiss sein können, dass Europa auch weiterhin an ihrer Seite steht, bis ein gerechter, dauerhafter Frieden erreicht werden kann. Die EU hat umfangreiche Unterstützung bereitgestellt und eine ukrainische Beitrittsperspektive eröffnet. Auch im Hinblick auf Moldau und die Länder des Westbalkans hat ein Umdenken eingesetzt. Wir plädieren dafür, die Unterstützung der Beitrittskandidaten zur schrittweisen Integration gezielt fortzusetzen und die angestoßenen Dialoge engagiert zum Erfolg zu führen. Die Bundesregierung muss eine glaubwürdige Treiberin für Reform und Integration sein.

Christliches Menschenbild und unverfügbare Menschenwürde

Für einen menschenwürdigen Umgang am Anfang und Ende des Lebens

Menschenwürde darf weder angetastet noch abgestuft werden. Dies gilt besonders auch in bioethischen Fragen am Lebensanfang und am Lebensende. Es prägt aber jede Lebensphase, vom Aufwachsen über die Mitte des Lebens bis in das hohe Alter.

Bei Fragen der [Suizidassistenz](#) halten wir eine ausgewogene Regelung mit klaren Vorgaben und Hürden für entscheidend, damit nicht nur das Selbstbestimmungsrecht der entschieden Suizidwilligen, sondern auch das jener Menschen geschützt ist, die durch Erwartungen Dritter zu suizidalen Handlungen gedrängt werden könnten. Ärzt*innen und Pflegekräfte dürfen nicht gezwungen werden, Suizidassistenz vorzunehmen oder zu unterstützen. Es muss Einrichtungen geben, die Schutzräume darstellen, wo Menschen nicht in Kontakt mit Suizidassistenz kommen. Ebenfalls unterstützt das ZdK das Anliegen der Suizidprävention und die Förderung alternativer Angebote psychosozialer und seelsorgerischer Begleitung von Menschen, für die der Suizid ein gangbarer Weg aus ihren Problemen zu sein scheint.

Bei dem Thema [Schwangerschaftsabbrüche](#) stehen wir entschieden für die doppelte Anwaltschaft für die Frau und das ungeborene Leben ein. Die aktuelle Regelung von §218 StGB stellt unserer Meinung nach ein angemessenes Schutzkonzept mit Blick auf die Menschenwürde des Ungeborenen und das Selbstbestimmungsrecht der Frau dar. Der Pflichtberatung kommt ein essenzieller Wert zu in der Unterstützung der Frauen sowie der Anwaltschaft für das ungeborene Leben.

[In den Fragen der Eizellspende und Leihmutterschaft](#) steht das ZdK einer möglichen Legalisierung skeptisch gegenüber und weist auf die ethischen Risiken und gesundheitlichen Problematiken hin. Besonders die Asymmetrien bei der Eizellspende und der Leihmutterschaft sind bedenklich, bei denen zusätzlich Dritte erhebliche Belastungen tragen müssen. Das Recht über die eigene Herkunft zu wissen, darf nicht beschnitten werden.

Sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen aufarbeiten und verhindern

Aufgrund der massiven [Missbrauchsgeschichte](#) in der katholischen Kirche sehen wir uns als ZdK besonders gefordert, für den Schutz von Kindern, Jugendlichen und anderen vulnerablen

Personen und die Unterstützung von allen Betroffenen einzutreten. Wir sind davon überzeugt, dass die Auseinandersetzung mit sexueller Gewalt an Kindern und Jugendlichen eine gesellschaftliche Aufgabe darstellt, die kontinuierlich und mit hoher Dringlichkeit bearbeitet werden muss. Die Bundesregierung ist daher gefordert, Betroffene konsequent einzubeziehen, zu unterstützen und individuelle Aufarbeitung zu ermöglichen. Darüber hinaus müssen alle Möglichkeiten geprüft werden, um einheitliche und verbindliche Standards zur Aufarbeitung und Prävention sexueller Gewalt an Kindern, Jugendlichen und anderen vulnerablen Personen in allen öffentlichen und nicht-öffentlichen gesellschaftlichen Bereichen zu gewährleisten. Eine gute Zusammenarbeit von Bund und Ländern ist dafür unerlässlich. Die Regelungen des leider nicht mehr verabschiedeten Gesetzes zur Stärkung der Strukturen gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen hätten aus unserer Sicht einen ersten Schritt in die richtige Richtung dargestellt. Das ZdK steht bereit, gleich zu Beginn der Legislatur diesem Prozess zu einem erfolgreichen Abschluss zu verhelfen.

Nachhaltige Transformation und Zukunftsfähigkeit

Schöpfung bewahren und wiederherstellen: Artensterben und Erderwärmung bekämpfen

Angesichts des gesellschaftlichen Rollbacks stehen wir klar zu den verbindlichen Zielen des Pariser Abkommens und des Weltnaturschutzabkommens von Montréal und sprechen uns für eine beschleunigte Klimapolitik und einen konsequenten Artenschutz aus. Die [Klimakrise](#) bedroht den Fortbestand des Menschen, der Flora und der Fauna. Sie ist ein Sicherheitsrisiko. Gleichzeitig schwindet die Biodiversität dramatisch. Es gilt, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um 1,5 Grad Celsius Erderhitzung nur so geringfügig und so kurzzeitig wie möglich zu überschreiten. Jedes Zehntelgrad weniger rettet Menschenleben und senkt die materiellen und kulturellen Schäden und Verluste.

Im Bundeshaushalt muss ein wirksamer Beitrag zur globalen Minderung der Emissionen und zur Anpassung an die Klimakrise eingeplant werden. Wir fordern, zunächst neun Milliarden Euro bereitzustellen und diesen Beitrag sukzessiv auf mindestens zwölf Milliarden Euro jährlich zu erhöhen. Artikel 8 des Pariser Klimaabkommens adressiert explizit die klimabedingten Schäden. [Der Loss-and-damage-Fonds muss mit einem jährlichen Umfang von mindestens 400 Milliarden Dollar ausgestattet werden](#), damit Klimagerechtigkeit im Sinne des Verursacherprinzips Wirklichkeit werden kann. Bewilligte Mittel werden angesichts der wachsenden Schäden abfließen. Deshalb braucht es verlässliche Wiederauffüllungszyklen, in denen Deutschland einen zweistelligen Milliardenbetrag zur Verfügung stellt, bestehend aus öffentlichen und privaten Mitteln. Die Gelder für Minderung, Anpassung sowie Schäden und Verluste sind zusätzlich zur 0,7-Prozent-Marke (ODA-Quote) bereitzustellen. Gleichzeitig werden klimaschädliche Subventionen abgeschafft, um damit z. B. den Ausbau einer nachhaltigen Verkehrsinfrastruktur zu finanzieren.

Schöpfungsverantwortung in Europa heißt für uns, den Green Deal fortzuschreiben. Wir werben dafür, im Zuge des Clean Industrial Deal die klimapolitischen Zielmarken für 2030 und 2040 durch einen effektiven Nexus von ordnungspolitischer Konsequenz, ökonomischer Wettbewerbsfähigkeit und wirksamer Armutsbekämpfung zu übertreffen. In allen Sektoren müssen starke Anreize für die Transformation aufrechterhalten werden. Die EU hat bis auf den Agrarsektor für alle Bereiche Emissionshandelssysteme beschlossen, die bereits implementiert sind bzw. eingeführt werden. Auch deshalb braucht es eine mutige Neuaufstellung

der Gemeinsamen [Europäischen Agrarpolitik](#) (GAP), welche [in der neuen Förderperiode ab 2028 von der Flächenförderung auf ein System mit „Gemeinwohlprämie“ umgestellt werden muss](#), um Bodenfruchtbarkeit und Biodiversität zu schützen, Ernährungssicherheit zu fördern sowie deutlich mehr Kohlenstoff als bislang zu speichern. Auf diese Weise kann die GAP zukünftig dafür sorgen, das Problem der Externalisierung von Folgekosten auf unbeteiligte Dritte zu adressieren. Darüber hinaus werben wir für die konsequente Umsetzung des in der „Zukunftskommission Landwirtschaft“ erzielten Kompromisses, der unter breiter Beteiligung entstanden ist und wegweisende Schritte für eine nachhaltigere Landwirtschaft aufzeigt. Wir setzen auf eine Fortsetzung des Aktionsplans Natürlicher Klimaschutz, insbesondere auf die Wiedervernässung der Moore und den Humusaufbau. So kann die fatale Entwicklung, dass der Boden von einer Kohlenstoffs Senke zur -quelle wird, gestoppt und umgekehrt werden. Das ausgegebene Vorhaben, die Neuversiegelung wirksam einzudämmen, muss im Sinne der Biodiversität und des Hochwasserschutzes endlich umgesetzt werden.

Menschen mit unterdurchschnittlichen Einkommen, welche die Klimakrise am härtesten trifft, sind viel stärker als bisher zu unterstützen. Die Mittel aus dem Klimasozialfonds sowie die Einnahmen aus dem Emissionshandelssystem für den Gebäudesektor und den Straßenverkehr (ETS II), das ab 2027 Wirkung entfaltet, müssen gezielt eingesetzt werden und soziale Härten abfedern. Die Eindämmung von Armut und Klimakrise muss Hand in Hand gehen. Für Deutschland bedeutet dies, endlich ein Klimageld einzuführen und im gesamten Verkehrssektor alle Instrumente zu nutzen, die effektiven Klimaschutz garantieren. Wir sprechen uns dafür aus, für alle Sektoren Zielvorgaben zu definieren und die zuständigen Ministerien zur Ergreifung zielkonformer Maßnahmen zu verpflichten.

Ergänzend zum ETS II plädieren wir für [ein Tempolimit von 120 km/h](#), um die Emissionen zu reduzieren, die Verkehrssicherheit zu erhöhen und der Staubbildung entgegenzuwirken. Am 1. September begehen die Kirchen in ökumenischer Verbundenheit den Schöpfungstag. Wir schlagen vor, zwischen dem 1. September und dem Erntedankfest [einen deutschlandweiten autofreien Sonntag](#) vorzusehen. Wir werben für einen [ambitionierten Ausbau und eine konsequente Modernisierung des ÖPNV sowie des Schienennetzes für den Fernverkehr](#).

Nachhaltigkeitsziele, Entschuldung, Multilateralismus: Globale Verantwortung wahrnehmen

Den multiplen Krisen der Gegenwart kann nur mit einem noch unermüdlicheren Einsatz für eine gerechtere Welt begegnet werden. In der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts muss entschlossener als bislang daran gearbeitet werden, möglichst viele der siebzehn UN-Ziele für Nachhaltige Entwicklung (SDGs) zu erreichen.

Die veränderte, multipolare Welt braucht einen neuen Multilateralismus. Nur ein reformiertes Institutionengefüge kann Schieflagen wirksam bearbeiten. Wir begrüßen die fortgesetzten Bemühungen um eine Erweiterung des UN-Sicherheitsrates und sehen damit verbunden die Chance, den Autoritätsverlust der Vereinten Nationen aufzuhalten und zukunftsfähige, global gerechte Strukturen aufzubauen. Deutschland und Europa sind gefordert, in die Außenpolitik zu investieren, auch über Russland hinaus gegenüber den weiteren BRICS+-Staaten eine klare, passgenaue Sprache zu sprechen.

Die Bundesregierung muss sich für eine gerechte und solidarisch ausgestaltete internationale Finanzarchitektur einsetzen, damit die Finanzierungslücke zur Umsetzung der Ziele geschlossen werden kann. Die Entscheidungsstrukturen in den internationalen Finanz- und

Wirtschaftsinstitutionen müssen global gerecht reformiert werden. Gerade ärmere und hochverschuldete Länder im Globalen Süden haben aufgrund hoher Zinsen keinen Zugang zu ausreichender Liquidität. Die Bundesregierung muss auf Grundlage der UN-Prinzipien die Voraussetzungen für ein internationales faires und transparentes Staateninsolvenzverfahren schaffen. Schuldenrestrukturierungen und -erlasse erfordern auch die verbindliche Beteiligung privater Gläubiger. Auch hierfür braucht es eine gesetzliche Grundlage in Deutschland.

Gemeinwohlorientiert wirtschaften

Die Verbrennung von Öl, Gas und Kohle hat die Klimakrise verursacht. Als fossile, global ungleich verteilte Rohstoffe verursachen und befördern sie Kriege, in welchen nicht nur unzählige Menschenleben vernichtet, sondern auch massiv Treibhausgase emittiert werden. [Die Nutzung von Kernenergie kann wegen ihrer unbeherrschbaren Risiken ebenso keine Alternative für die Zukunft sein.](#) Eine weitgehend autarke Energieversorgung aus erneuerbaren Energiequellen verhindert Konflikte, schützt Menschenleben und befähigt Staaten, anstelle von Aufrüstung in Klimaschutz und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen zu investieren. Hierzu bedarf es fairer und resilienter Lieferketten. Die Bundesregierung muss die [EU-Lieferkettenrichtlinie](#) möglichst unbürokratisch, aber vor allem effektiv im Sinne der Betroffenen sowie EU-rechtskonform umsetzen. Das bedeutet, die Richtlinie unter Beachtung des Rückschrittsverbots in deutsches Recht zu überführen, also die Stärken des deutschen Gesetzes (insbesondere die größere Reichweite) mit den Fortschritten des europäischen Rahmens (gerade in den Bereichen Haftung und Beteiligung von Betroffenen) zu verbinden. Anstelle einer Aufweichung der europäischen Lieferkettenrichtlinie werben wir im Zuge einer künftigen Reform für eine [Einbeziehung des Finanzsektors](#). Die Richtlinie ist ein Meilenstein für einen gerechteren Welthandel – dies gilt auch in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten.

Um Dekarbonisierung und Wettbewerbsfähigkeit zu fördern, muss der Staat stabile und faire Rahmenbedingungen für die [Wirtschaft](#) schaffen. Deutschland und Europa haben global noch immer beträchtliches wirtschaftliches Gewicht, das es auch aus geopolitischen Motiven zu stärken gilt. Dazu gehört ein klarer und verlässlicher Rechtsrahmen, in dem Unternehmen planen und agieren. Wir plädieren für eine gemeinwohlorientierte Wirtschaftspolitik, die nicht nachhaltige Subventionen beendet und Ökosystemdienstleistungen angemessen honoriert. Wir plädieren für eine gemeinwohlorientierte Wirtschaftspolitik, die Externalisierungseffekte mit ökonomischen Mitteln bekämpft. Dazu gehört, Subventionen abzuschaffen, die nicht dem Gemeinwohl dienen, sondern die Belastung der Naturgüter Klima, Luft, Boden, Wasser und Artenvielfalt verschärfen und somit die Klima- bzw. die Biodiversitätskrise befeuern. Gleichzeitig müssen Maßnahmen honoriert werden, die das Naturkapital schützen, wie bspw. die Wiedervernässung von Mooren. Um die Transformation voranzutreiben, sollten konkrete Anreize geschaffen werden, die nachhaltige Investitionen und Geschäftsmodelle klar bevorzugen, etwa durch gezielte Subventionsprogramme und steuerliche Vorteile.

Digitalisierung und KI im Dienste des Menschen

Die digitale Transformation in unserer Gesellschaft hängt entscheidend ab von einem gelingenden Zusammenspiel zwischen Mensch und Technologie. In diesem Spannungsfeld zwischen Technologie und Menschlichkeit liegt der Schlüssel, nicht nur um mitzuhalten, sondern auch um die Zukunft in den verschiedenen Lebensbereichen aktiv mitzugestalten. Durch Digitalisierung lassen sich Arbeitsprozesse in Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung

**ZdK**Zentralkomitee
der deutschen Katholiken

effizienter, transparenter und benutzerfreundlicher gestalten und beschleunigen. Damit kann die Digitalisierung als ein wirksames Instrument zum Abbau von Bürokratie beitragen.

Soziale Netzwerke und digitale Plattformen haben im demokratischen Meinungsbildungsprozess eine größer werdende Bedeutung. Menschen können sich in verschiedenen Kommunikationskanälen gesellschaftlich und politisch beteiligen. Internetbasierte Kommunikationstechnologien können erst die Voraussetzung schaffen für eine lebendige, partizipative Demokratie, in der Menschen laufend ihre Perspektive einbringen und sich für das gute Zusammenleben aller engagieren. KI-Technologien könnten auch auf der Ebene politischer Steuerung und bei komplexen politischen Problemen eine große Hilfe darstellen. Gleichzeitig wissen wir um die negativen Kollateraleffekte digitaler Angebote auf Wahlkämpfe, Meinungsbildung und politische Prozesse. Diktaturen und populistische Kräfte nutzen das Internet, um Propaganda, Falschinformationen und Deepfakes zu verbreiten. Die Verwendung von Technologien künstlicher Intelligenz in Politik und Verwaltung könnte politische Partizipation lähmen oder gar verhindern. Deshalb fordern wir nicht nur Innovation und Kreativität bei der Verwendung von KI in Politik, Medien und Gesellschaft, sondern auch eine breite und kritische gesellschaftliche Debatte, wirksame Anstrengungen von Politik und Wirtschaft für die Erarbeitung klarer politischer Rahmenbedingungen. Im digitalen Raum, wie überall, gibt es Werte, die für alle gelten: Respekt vor anderen, die Achtung ihrer Würde und der Schutz vor Falschinformationen.

Betreiber von Social-Media-Plattformen müssen Hetze und Fälschungen im Netz effektiv unterbinden und stehen dabei in der Pflicht, Meinungsfreiheit und Freiheitsrechte gleichermaßen zu schützen. Wir fordern einen sicheren Zugang zum Internet, damit Menschen die Chancen nutzen können, die ihnen die Digitalisierung bietet. Eine flächendeckende technische Infrastruktur ist dafür unerlässlich. Darüber hinaus werben wir dafür, dass Medien- und KI-Kompetenz als Schlüsselqualifikation verstanden wird. Zudem muss die Qualität digitaler Angebote steigen, indem eine Kennzeichnung KI-generierter Texte und Bilder verpflichtend wird. Die EU-Verordnung zu Künstlicher Intelligenz ist hierbei ein wichtiger und beispielloser Rechtsrahmen, der mehr Transparenz und Schutz vor Manipulation verspricht. Das Rahmenübereinkommen des Europarats über Künstliche Intelligenz und Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, das die EU unterzeichnet hat, ist ein weiterer wichtiger Baustein, um KI in Europa demokratiefördernd und demokratiekompatibel nutzbar zu machen. Die Chancen aus der verstärkten Nutzung von neuen Technologien, Digitalisierung und insbesondere KI sind konsequent durch Forschung, Wissenschaft und Industrie zu erschließen, um die positiven Effekte im Sinne der genannten Rahmenbedingungen und Standards nutzen zu können. Darüber hinaus braucht es politische und technologische Ansätze, um den enormen Energieverbrauch der KI-Infrastruktur zu senken.

Sicherheit und Entwicklung koppeln, eine neue [Friedensordnung](#) gestalten

Angesichts der aggressiven russischen Expansionspolitik zeigt sich, dass die NATO für die Sicherheit Europas von existenzieller Bedeutung ist. Wir nehmen wahr, dass höhere Investitionen in die Verteidigungsfähigkeit unabdingbar sind, und befürworten eine fortgesetzte Unterstützung der Ukraine. Weder strategisch noch haushaltspolitisch darf es ein Ungleichgewicht zwischen Verteidigung und Entwicklung geben. Zugleich sollten die Rüstungsausgaben nicht zu Lasten der Entwicklungsgelder gehen. 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe sind der international

**ZdK**Zentralkomitee
der deutschen Katholiken

vereinbarte Mindestwert, der von Deutschland nicht länger zur Disposition gestellt werden darf. Die Budgetkürzungen in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe müssen zurückgenommen werden. Das weltkirchliche Engagement ist ein bewährter Baustein deutscher Entwicklungszusammenarbeit und im internationalen Vergleich beispiellos. Die Bedeutung von Religionen in der internationalen Zusammenarbeit muss sich dauerhaft in der bundespolitischen Agenda und im Haushalt widerspiegeln. Eine wertegeleitete internationale Politik muss die Potenziale gerade auch kirchlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure nutzen.

Wir stellen das Recht auf Selbstverteidigung nicht infrage, wissen aber darum, dass es nicht uneingeschränkt gilt. Gewaltmittel sind nur dann legitim, wenn sie durch das Völkerrecht legitimiert sind und sich auf dem Boden internationaler Vereinbarungen bewegen. Das Recht auf Selbstverteidigung rechtfertigt keine Kriegsverbrechen. Als ZdK halten wir am Gebot der Gewaltlosigkeit und der Gewaltüberwindung fest. Dazu gehört die Pflicht, immer wieder Gewaltanwendungen zu hinterfragen und die Verhältnismäßigkeit von Gewaltmitteln zu prüfen. Diplomatie sowie zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung sind unverzichtbar, um kriegsartige Konflikte zu verhindern, einzudämmen und zu beenden. Die militärische Verteidigung muss um resiliente gesellschaftliche Strukturen ergänzt werden, in denen zivile und gewaltfreie Verteidigung eingeübt werden kann. Dies gilt insbesondere für neue Formen der hybriden Kriegsführung, die - oftmals mit Hilfe von KI - auf Destabilisierung von demokratischen Einrichtungen und Werte gerichtet sind. Interreligiöser Dialog und Versöhnungsarbeit tragen wesentlich dazu bei, dass Konflikte und Kriege überwunden werden.

Berlin, 17. Januar 2025